

Chronik des Skandal in Niedersachsen um mit GVO verunreinigtes Maissaatgut

Schlamperei niedersächsischer Behörden und die Blockadehaltung des Saatgutkonzerns Pioneer bei der Herausgabe der Händler führte dazu, dass mit verbotenen Genmais verunreinigte Saatgutpartien ausgesät wurde. Nun müssen rund 2000 ha in sieben Bundesländern umgebrochen werden.

Niedersachsen verstieß als einzigstes Bundesland gegen die Vorgabe, die Ergebnisse ihrer jährlichen Analysen zu Gentechnikverunreinigungen von Saatgut bis zum 31. März zu veröffentlichen. So soll eigentlich verhindert werden, dass verunreinigtes Saatgut verkauft und ausgesät wird.

- **9. Februar**
Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium entnimmt für Saatgutanalysen routinemäßig Stichproben bei dem Saatguthersteller Pioneer Hi-Bred
- **19. Februar**
Die Analyse von insgesamt 35 Saatgutproben wird beim niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) in Auftrag gegeben.
- **15 März**
Hinweise auf positive Befunde bei zwei Proben
- **31. März**
Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, die Ergebnisse ihrer jährlichen Analysen zu Gentechnikverunreinigungen von Saatgut bis zum 31. März zu veröffentlichen. So soll verhindert werden, dass verunreinigtes Saatgut verkauft und ausgesät wird. Acht Bundesländer werden im Rahmen ihrer Saatgutbeprobungen fündig und liefern die Ergebnisse. Die Länder ergreifen entsprechende Maßnahmen, damit das Saatgut nicht in den Handel kommt. Aus Niedersachsen liegen keine Ergebnisse vor.
- **12. April**
Der Laborbericht liegt dem niedersächsischen Landwirtschaftsministerium vor.

- **Mitte April bis Mitte Mai**

In dieser Zeit wird in Deutschland von den Landwirten die Maissaat auf die Felder ausgebracht.

- **27. April**

Das für den Vollzug zuständige Umweltministerium in Hannover wird über den Fund der verunreinigten Maissaaten informiert. Pioneer wird auf freiwilliger Ebene aufgefordert, die Handelswege für das von den Behörden positiv getestete Saatgut zu nennen, verweigert dies aber.

- **30. April**

Das Umweltministerium in Hannover informiert die anderen Bundesländer über den Fund der verunreinigten Maissaaten (ohne jedoch die konkreten Handelswege und damit die Betroffenheit der Bundesländer nennen zu können)

- **4. Mai**

Das zuständige Gewerbeaussichtsamt leitet ein Verwaltungsverfahren ein, um von Pioneer die Handelswege des betroffenen Saatguts zu erhalten

- **4. Juni**

Erst nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Stade muss das Saatgut-Unternehmen dem niedersächsischen Umweltministerium entsprechende Informationen über die Handelswege zukommen lassen. Die betroffenen Händler und anderen Bundesländer werden darüber informiert, um die Landwirte ausfindig zu machen.